Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1748

21. 06. 95

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ludger Volmer, Angelika Beer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung

Aktuelle Fragen der Europapolitik, insbesondere Vorschau auf die Tagung des Europäischen Rates in Cannes am 26./27. Juni 1995

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das gemeinsame Bemühen der Staaten der Europäischen Union für eine unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages war ein wesentlicher Beitrag bei der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, die dem Ziel einer Friedensicherung durch internationale Zusammenarbeit und Abrüstung dient. Zu einer Weiterentwicklung der Europäischen Union auf der Regierungskonferenz 1996 gehört auch die Abrüstungspolitik. Die Ankündigung Frankreichs, wieder Atomtests durchzuführen, stellt nicht nur die Bemühungen um eine gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik in Frage, sondern darüber hinaus auch die Glaubwürdigkeit der Politik der Europäischen Union für die Erfüllung der grundlegenden Intentionen des Atomwaffensperrvertrages. Auf der bevorstehenden Tagung des „Europäischen Rates" in Cannes ist es deshalb notwendig, diese Entwicklung bei der vorgesehenen Beratung aktueller außenpolitischer Themen als Schlüsselproblem für die Weiterentwicklung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik im folgenden Sinne zur Sprache zu bringen.

Die Zündung von Atombomben durch Frankreich im Pazifik widerspricht dem Geist des Atomwaffensperrvertrages und bedroht die Menschen im Südpazifik.

Die vom französischen Staatspräsidenten Chirac angekündigte Wiederaufnahme von Atomtests auf dem Pazifikatoll Mururoa ist durch nichts zu rechtfertigen. Erst kürzlich haben sich alle Länder

der Europäischen Union und insbesondere die atomwaffenbesitzenden Mitgliedstaaten Frankreich und Großbritannien bei den Verhandlungen über die unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages politisch verpflichtet, zur weiteren nuklearen Abrüstung beizutragen. Die Entscheidung des französischen Präsidenten stellt einen Affront gegen alle Länder dar, die gerade unter dieser Voraussetzung der unbefristeten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages zugestimmt haben.

Die Europäische Union wird mit ihrem Einsatz für die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages völlig unglaubwürdig, wenn ihre Mitgliedstaaten die angekündigte Zündung von acht Atombomben durch Frankreich kommentar- und widerstandslos tolerieren.

Die internationalen Bemühungen, den seit 1992 gerade durch die Erklärung eines französischen Teststopps durch Präsident Mitterrand erreichten faktischen weltweiten Teststopp (mit Ausnahme der VR China) in ein völkerrechtlich verbindliches nukleares Teststopp-Abkommen weiterzuentwickeln, haben einen schweren Rückschlag erlitten. Die Gefahr, daß andere Länder den französischen Schritt als Anlaß zur Durchführung von Atomtests nehmen, ist gewachsen.

Die 15 Staaten des „Südpazifikforums" haben den Südpazifik 1985 anläßlich des vierzigsten Jahrestages des Atombombenabwurfes auf Hiroshima zur „Atomwaffenfreien Zone" erklärt. Sie sehen insbesondere in atomaren Tests eine gesundheitliche Bedrohung der Menschen im Südpazifik. Die Zündung von Atombomben durch ein Mitgliedsland der Europäischen Union in einer 18 000 Kilometer von Europa entfernten atomwaffenfreien Zone stellt eine außenpolitische Provokation und einen Akt großmachtpolitischer Arroganz dar. Die Zündung von weit über hundert Atombomben, die Frankreich seit 1966 in Polynesien durchgeführt hat, bedeutet eine Umweltkatastrophe für den ganzen pazifischen Raum. Über vierzig Bomben wurden in der Atmosphäre gezündet und haben mit ihren radioaktiven „fall out" unabsehbare Schäden angerichtet. Durch die folgenden „unterirdischen" Sprengungen wurde auf dem stetig absinkenden Mururoa-Atoll ein gigantisches Atommüllendlager geschaffen, das langfristig bei einer Überflutung die Gefahr der Verseuchung großer Teile des pazifischen Ozeans bedeutet. Die Sprengungen haben darüber hinaus bereits Risse im Atoll entstehen lassen, die bei weiteren Versuchen die unmittelbare Gefahr des Abbrechens von Atoll-Teilen und des Austritts von radioaktiver Strahlung bedeuten. Neben den unabsehbaren Folgen für das Ökosystem des Pazifiks stellen diese Tests somit eine direkte nukleare Bedrohung für die Menschen in den Staaten des Südpazifikforums dar.

Der Deutsche Bundestag weist die Auffassung der Bundesregierung zurück, daß die Zündung von Atombomben auf Mururoa zu militärischen Testzwecken eine nationale Angelegenheit Frankreichs sei und verurteilt den Verzicht der Bundesregierung auf jede Kritik an dieser Ankündigung Frankreichs.

Er fordert die Bundesregierung auf,

— den betroffenen Staaten des „Südpazifikforums" ihre politische Unterstützung bei der Forderung nach Respektierung der

„Atomwaffenfreien Zone Südpazifik" auch durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auszusprechen,

— eine Initiative in der Europäischen Union zu ergreifen, um auf das Mitgliedsland Frankreich im Sinne einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik einzuwirken, die Entscheidung zur Durchführung neuer Atomtests wieder zurückzunehmen.

Bonn, den 21. Juni 1995

Ludger Volmer
Angelika Beer
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333